

# Bauernbund Brandenburg

## Vorstandswahl: Karsten Jennerjahn bleibt Präsident

Karsten Jennerjahn bleibt Präsident des Bauernbundes Brandenburg. Die Mitgliederversammlung am 12. Februar 2013 in Falkenrehde wählte den Vorstand für die Jahre 2013 bis 2017, der wiederum Karsten in seinem Amt bestätigte. Ohne Gegenstimmen und Enthaltungen war das Ergebnis ein großer Vertrauensbeweis für die geleistete Arbeit. Einziger Wermutstropfen war der Rückzug von Bringfried Wolter aus der Vorstandsarbeit, der wegen Differenzen über die Anlageform des Vereinsvermögens nicht wieder kandidierte. Zwei Vorstandmitglieder vertreten die junge Generation im Bauernbund: Lutz Wercham (26) und Marcus Schilka (30) werden von nun an aktiv mitarbeiten – und hoffentlich noch mehr junge Leute für die Mitarbeit begeistern. Der neue Bauernbund-Vorstand im Überblick:

- Karsten Jennerjahn aus Schreckow (Prignitz)
- Prof. Dr. Gottfried Leuthold aus Glöwen (Prignitz)
- Jens Gerloff aus Teetz (Ostprignitz-Ruppin)
- Herbert Matthes aus Blumberg (Barnim)
- Manfred Wercham aus Wilhelmsaue (M. Oderland)
- Lutz Wercham aus Wilhelmsaue (M. Oderland)
- Gerd Schiele aus Reichenow (M. Oderland)
- Christoph Schilka aus Guhrow (Spree-Neiße)
- Marcus Schilka aus Guhrow (Spree-Neiße)
- Reinhard Benke aus Mörz (Potsdam-Mittelmark)
- Lutz-Uwe Kahn aus Kleßen (Havelland)

*Foto: Lutz Wercham (oben) und Marcus Schilka (unten)*



Neu gewählt wurden auch Margitta Bergmann und Joachim Nettelbeck als Kassenprüfer. Sie übernahmen das Amt von Torsten Gerloff und Harald Siekerkotte. Auf der Veranstaltung feierte der Bauernbund sein zwanzigjähriges Bestehen. Er war im Februar 1993 in Rangsdorf gegründet worden als Deutscher Landwirte Verband Brandenburg und vereinte mehrere Gruppen, die gegen die Benachteiligung derjenigen Bauern protestierten, die aus der LPG ausscheiden und sich selbstständig machen wollten. Erster Präsident war Gerd Winzer, dem ersten Vorstand gehörten außerdem Hermann Garlich, Günter Dammaschke, Hans-Jörg Schütze, Ralf Wöller, Karsten Jennerjahn, Hugo Junker, Ulrich Toppel und Burkhard Heißler an. Einen schönen Rahmen für das Jubiläum bildete die Präsentation von 155 Fotos von 39 Landwirtschaftsbetrieben, die Stefan Rottstock mit einem Beamer an die Wand warf. Allen, die daran mitgewirkt haben, nochmal herzlichen Dank! Die Vorträge wurden ausschließlich von unseren Mitgliedern bestritten: Hans-Georg von der Marwitz stellte weitreichende Überlegungen für die Zukunft der EU-Agrarpolitik vor (wir werden darauf zurückkommen), Sabine Niels warb für Engagement im Bündnis Heimat und Zukunft gegen neue Braunkohle-Tagebaue und Franz Prinz zu Salm-Salm informierte über Strategien gegen sinnlose Umweltauflagen (siehe Beitrag Seite 19)



*"Dieses Foto zeigt die Zentrale eines der größten brandenburgischen Agrarunternehmen. Es ist das Haus an der Ecke links und befindet sich mitten in Hamburg. Wenn Sie mehr über den Ausverkauf unserer Landwirtschaft an Kapitalanleger wissen möchten, rufen Sie gern an oder mailen zurück. Der Bauernbund Brandenburg wird hierzu anlässlich der Grünen Woche umfassend informieren."*

*Mit diesen Worten haben wir die Medien einen Tag vor der Versendung nachfolgender Pressemitteilung für das Thema sensibilisiert.*

*Im Dezember hatten wir alle Mitglieder aufgerufen, uns die in ihrem Umfeld aktiven Kapitalanleger mitzuteilen. Aus den Rückmeldungen und umfangreichen Internet-Recherchen entstand eine Studie über den Einfluss der Investoren auf die brandenburgische Landwirtschaft, deren Ergebnisse wir im Januar als Pressemitteilung veröffentlichten. Märkische Allgemeine ("Heuschrecken fressen Äcker"), Frankfurter Rundschau ("Afrika in Brandenburg") und Berliner Zeitung haben das Thema mit großen Beiträgen aufgegriffen.*

## **Immer mehr Agrarsubventionen gehen an Kapitalanleger – Bauernbund fordert: Verteilung ändern!**

**Pressemitteilung vom 18. Januar 2013**

10 bis 15 Prozent der Agrarsubventionen in Brandenburg kommen nicht brandenburgischen Landwirten zugute, sondern auswärtigen Kapitalanlegern. Das schätzt der Bauernbund Brandenburg nach einer Befragung seiner Mitglieder und umfangreichen Recherchen über den Einfluss von Investoren auf die märkische Landwirtschaft. Rund 21 Millionen Euro, mehr als 5 Prozent der gesamten Agrarsubventionen im Land, gehen demnach bereits heute an sieben Holdings von Investoren, die Agrarbetriebe in etwa 50 Dörfern bewirtschaften. "Der Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft hat in den letzten Jahren rasant zugenommen", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung und appellierte an die deutschen und europäischen Agrarpolitiker, bei der Neuverteilung der Agrarsubventionen in der Förderperiode 2014-20 ortsansässige Landwirte zu stärken.

Die größten fremdgesteuerten Agrarfirmer im Land sind nach Erkenntnissen des Bauernbundes die börsennotierte KTG Agrar mit Sitz in Hamburg und der Unternehmensverbund ODEGA, über dessen finanziellen Hintergrund nur spekuliert werden kann. Gefolgt werden sie von der Lindhorst-Gruppe aus dem niedersächsischen Winsen, die Seniorenresidenzen betreibt, dem Möbeldhändler Bruno Steinhoff, dem Bauindustriellen Kunibert Ruhe (beide Niedersachsen) sowie dem Konservenfabrikanten Karl-Hubert Stollenwerk und dem Insolvenzverwalter Heinrich Aryus-Hiepass (beide Nordrhein-Westfalen). Diese sieben sind für Jung jedoch nur "die Spitze des Eisbergs". Zahlreiche weitere Agrarbetriebe seien durch offene Übernahme oder stille Beteiligung inzwischen in die Hände von Kapitalanlegern gelangt, überwiegend aus Westdeutschland und Holland.

Mit der Endphase der Verhandlungen über den EU-Agrarhaushalt 2014-20 bestehe eine letzte wirksame Möglichkeit, den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft zu bremsen, argumentiert der Bauernbund-Geschäftsführer: "Wir brauchen dringend eine Obergrenze für die Agrarsubventionen pro Betrieb und eine Regelung, dass dieselben Gesellschafter bei mehreren Betrieben nicht mehrfach kassieren dürfen." Während CDU und Grüne in Brandenburg diese Position unterstützen, lehnen SPD und Linke sowie der Landesbauernverband jegliche Veränderung des Verteilungsmodus ab. Die Entscheidung in Brüssel soll im ersten Halbjahr 2013 fallen.

## **Anlage: Agrarinvestoren in Brandenburg**

### **Die größten Holdings außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger – eine grobe Übersicht, zusammengestellt nach Angaben und Hinweisen der Mitglieder des Bauernbundes in Brandenburg**

#### ODEGA: ca. 5,4 Millionen Euro Direktzahlungen

Über deren finanziellen Hintergrund kann nur spekuliert werden – in der Vergangenheit bestanden Verbindungen zum Landhandel Märka, der inzwischen vom Biokraftstoffhersteller Verbio übernommen wurde. / Agrarbetriebe u. a. in 16792 Badingen (OHV), 16230 Grüntal (BAR), 16356 Schönfeld (BAR), 16307 Staffelde (UCK), 15306 Sachsendorf (MOL), 15320 Neuhardenberg (MOL), 15324 Groß Neuendorf (MOL), 15324 Letschin (MOL), 15324 Kienitz (MOL), 15328 Golzow (MOL), 15328 Rathstock (MOL), 15328 Alt Tucheband (MOL), 15328 Reitwein (MOL) und 15345 Prötzel (MOL).

#### KTG Agrar: ca. 5,0 Millionen Euro Direktzahlungen

Börsennotiertes Agrarunternehmen für Finanzanleger mit Sitz in Hamburg / Agrarbetriebe u. a. in 16949 Putlitz (PR), 16515 Papenbruch (OPR), 16909 Herzsprung (OPR), 16818 Wuthenow (OPR), 16515 Oranienburg (OHV), 16515 Germendorf (OHV), 15306 Marxdorf (MOL), 15306 Sietzing (MOL), 15306 Falkenhagen (MOL), 15326 Podelzig (MOL), 15377 Waldsiefersdorf (MOL), 03229 Altdöbern (OSL), 03229 Schöllnitz (OSL), 14913 Hohenseefeld (TF), 14913 Nonnendorf (TF) und 14822 Linthe (PM).

#### Lindhorst-Holding: ca. 4,4 Millionen Euro Direktzahlungen

Immobilien- und Altenpflegeunternehmen mit Sitz in Winsen in Niedersachsen / Agrarbetriebe u. a. in 16909 Dossow (OPR), 16868 Wusterhausen (OPR), 16868 Bantikow (OPR), 16244 Finowfurt (BAR), 16278 Schöneberg (UCK), 16269 Schulzendorf (MOL), 15345 Reichenow (MOL), 14827 Wiesenburg (PM) und 14715 Stechow (HVL).

#### Steinhoff-Holding: ca. 2,6 Millionen Euro Direktzahlungen

Möbelhersteller und -händler mit Sitz in Westerstede in Niedersachsen / Agrarbetriebe u. a. in 17268 Gerswalde (Uckermark), 14913 Niedergörsdorf (Teltow-Fläming), 14947 Nuthe-Urstromtal (Teltow-Fläming) und 14927 Wiesenburg (Potsdam-Mittelmark).

#### Kunibert Ruhe: ca. 1,5 Millionen Euro Direktzahlungen

ehemaliger Biogas-Bauunternehmer mit Sitz in Bakum in Niedersachsen / Agrarbetriebe u. a. in 16866 Vehlow (PR), 16866 Rüdow (OPR) und 17291 Parmen (UCK).

#### Karl-Hubert Stollenwerk: ca. 0,9 Millionen Euro Direktzahlungen

Konservenfabrikant mit Sitz in Kerpen in Nordrhein-Westfalen / Agrarbetriebe u. a. in 16306 Luckow (UCK), 16278 Frauenhagen (UCK) und 16278 Mark Landin (UCK).

#### Heinrich Aryus-Hiepass: ca. 0,8 Millionen Euro Direktzahlungen

Insolvenzverwalter mit Sitz in Rees in Nordrhein-Westfalen / Agrarbetriebe u. a. in 14476 Uetz (P), 14621 Paaren im Glien (HVL) und 14641 Nauen (HVL).

*Im Februar hat Karsten Jennerjahn dann noch einmal an Bundesministerin Aigner appelliert: "Wir sind in Brandenburg mit einem Ausverkauf der Landwirtschaft und einer Konzentration von Boden in bislang unvorstellbaren Ausmaßen konfrontiert. Diese Entwicklung hat durch den Boom der globalen Rohstoffmärkte und durch die Finanzkrise in den letzten Jahren rasant zugenommen. An wirksamen politischen Steuerungsinstrumenten, um ortsansässige Landwirte gegenüber auswärtigen Kapitalanlegern zu stärken, stehen praktisch nur noch die Direktzahlungen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist mir Ihre ablehnende Haltung zur Kappung unerklärlich und ich bitte Sie eindringlich, diese zu modifizieren. Unser Vorschlag einer Kappung bei gleichzeitiger Ermöglichung von Betriebsteilungen und Ausschluss von Gesellschafteridentitäten ist klar, unbürokratisch und exakt auf die Problemlage zugeschnitten." Auch alle Mitglieder des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages und alle deutschen Mitglieder des Europaparlaments erhielten ein solches Schreiben.*

*Im Vergleich zu den Direktzahlungen aus Brüssel sind die verbleibenden BVVG-Flächen (in Bundesverantwortung) und das Grundstücksverkehrsgesetz (in Landesverantwortung) nur kleine Stellschrauben, um Einfluss auf die Agrarstruktur zu nehmen. Gleichwohl müssen wir uns auch darum kümmern, und deshalb haben wir eine Initiative von CDU und Bündnisgrünen im Brandenburgischen Landtag ausdrücklich begrüßt:*

## **Bauernbund begrüßt Initiative zur Sicherung des Bodenmarktes**

### **Pressemitteilung vom 27. Februar 2013**

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat den von CDU und Bündnisgrünen heute in den Landtag eingebrachten Antrag zur Sicherung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes in Brandenburg als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. "Wir brauchen dringend Regelungen, die ortsansässige Landwirte gegenüber auswärtigen Kapitalanlegern stärken", sagte Christoph Schilka, Bauernbund-Vorstandsmitglied und Landwirt aus Guhrow im Spreewald.

Der Bauernbund werde gern in der beantragten Arbeitsgruppe für ein neues Gesetz über den landwirtschaftlichen Bodenmarkt mitwirken, erklärte Schilka: "Das bisherige Grundstücksverkehrsgesetz taugt nicht mehr zum Schutz brandenburgischer Bauern, weil die Kapitalanleger inzwischen ganze Betriebe kaufen und dadurch nach dem Gesetz wie Landwirte behandelt werden müssen."

Vor einem Monat hatte der Bauernbund eine Untersuchung veröffentlicht, nach der sich bereits rund 15 Prozent der märkischen Äcker in der Hand von Kapitalanlegern befinden, und wirksame politische Gegenmaßnahmen gefordert. Neben einer Novelle des Grundstücksverkehrsgesetzes sind nach Auffassung Schilkas eine Kappung der EU-Agrarsubventionen und die Ausschreibung der BVVG-Flächen in kleineren Einheiten erforderlich.

## **Kein Mut – Bauernbund kritisiert Festhalten an BSE-Tests**

### **Pressemitteilung vom 25. Februar 2013**

Als "peinliches Herumlavieren" hat der Bauernbund Brandenburg das Festhalten der Bundesregierung an verpflichtenden BSE-Tests bezeichnet. "Frau Aigner hat offensichtlich nicht den Mumm öffentlich zuzugeben, dass BSE nie eine Gefahr für den Menschen war", sagte Jens Gerloff, Bauernbund-Vorstandsmitglied und Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz.

Ab dem 1. März stellt die Europäische Union ihren Mitgliedsländern frei, die Pflicht zur Durchführung von BSE-Tests abzuschaffen. Deutschland hat daraufhin das Testalter von 72 auf 96 Monate angehoben, so dass nur noch Tiere untersucht werden, die älter als acht Jahre sind. "Die Testpflicht wird so zur Mogelpackung, da sie sich auf gerade mal 6 Prozent der Schlachtrinder

erstreckt", kommentierte Gerloff die Entscheidung: "Anständig wäre gewesen, durch Abschaffung der Tests den Verbrauchern die Wahrheit zu sagen und damit die von der BSE-Hysterie geschädigten Rinderhalter wenigstens nachträglich zu rehabilitieren."

*Mehr Informationen zum Thema finden Sie in unserem angehängten Positionspapier, das wir zum 10. Jahrestag der BSE-Hysterie vor zwei Jahren veröffentlicht haben. (Rundbrief Dez 2010).*

## **Braunkohle: Heimat und Zukunft trägt Widerstand nach Schweden**

Das vom Bauernbund initiierte Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg trägt den Widerstand gegen neue Braunkohle-Tagebaue jetzt nach Schweden – in das Land, dem der Energiekonzern Vattenfall gehört. Vom 28. Juni bis 1. Juli werden Vertreter unseres Bündnisses in Stockholm mit Politikern und Medien sprechen und über die geplante Vernichtung von fünf weiteren Dör-



fern in der durch die Braunkohle bereits arg geschundenen Lausitz berichten. Viele Bürger in Schweden machen sich gar keine Vorstellung vom menschenverachtenden Wirken des Konzerns in Brandenburg. Vom Vorstand des Bauernbundes mit dabei ist Manfred Wercham – wer mitfahren möchte, kann sich gern bei ihm melden unter Telefon (033475) 50143 oder (0170) 2306037. Auch Spenden für die Aktion sind noch willkommen auf dem Konto des Vereins ContraEndlager Neutrebbin Nr. 20011962 bei der Sparkasse Märkisch Oderland, BLZ 17054040, Stichwort "Schwedenfahrt". Eine Quittung wird auf Wunsch ausgestellt.

Mit einem Neujahrsbrief hat sich das Bündnis bereits am 11. Januar an den schwedischen Finanzminister Peter Norman und die Abgeordneten des schwedischen Reichstags gewandt. Das von Karsten Jennerjahn, dem Atterwascher Pfarrer Matthias Bernd, dem Schenkendöberner Bürgermeister Bürgermeister Peter Jeschke und weiteren Beteiligten unterzeichnete Schreiben nimmt auf die widersprüchliche Kommunikation von Vattenfall Bezug: "Während in Stockholm angekündigt wird, bei Investitionen von nun an auf regenerative Energien zusetzen, schaltet Vattenfall in Deutschland großformatige Anzeigen und Plakate, auf denen für den Energieträger Braunkohle geworben wird. (...) Wissen die schwedischen Eigentümer des Unternehmens davon? Wie können Sie diesen eklatanten Widerspruch zulassen?" Die Verfasser des Briefs kritisieren, die von Vattenfall und der Landesregierung verfolgten Braunkohleverfahren richten sich gegen die Energiewende: "Um Optionen offenzuhalten, sollen Dörfer und Landschaft auf Vorrat zerstört werden. Wir sagen: Über der Kohle wohnt der Mensch! Menschen sind keine strategische Rohstoffreserve. Unsere Dörfer sind kein Wetteinsatz für Konzernmanager. Die Bewohner der Lausitz haben ein Recht auf Heimat, Eigentum und eine lebenswerte Umwelt."

*Unter [www.heimatzukunft.de](http://www.heimatzukunft.de) kann man sich beim Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg eintragen. Traditionell gestaltet das Bündnis den Reformationstag in dem von der Abaggerung bedrohten Dorf Atterwasch, auch in diesem Jahr. (Foto: Pichlmaier / ideengruen.de)*



*Leicht haben wir es uns nicht gemacht, und es soll nicht verhehlt werden, dass einzelne Mitglieder von uns dem Wolf weniger skeptisch gegenüber stehen. Die ganz große Mehrheit und insbesondere natürlich die Mutterkuhhalter und Schafhalter machen sich Sorgen, wie es weiter gehen soll, wenn die Wolfspopulation in der bisherigen Geschwindigkeit weiter wächst. Unser Vorstandsmitglied Lutz-Uwe Kahn hat sich über vier Sitzungen mit dem Wolfsmanagement des Umweltministeriums befasst und immer wieder geduldig unsere Argumente vorgetragen – bis ihm am Ende der Krage platzte über soviel Hochmut und Ignoranz ...*

## **Isegrimm unerwünscht: Bauernbund fordert aktive Bejagung des Wolfs**

**Pressemitteilung vom 4. Dezember 2012**

Eine Woche vor der abschließenden Sitzung zu dem vom Umweltministerium geplanten Wolfsmanagement hat der Bauernbund Brandenburg seine Mitarbeit an dem Projekt aufgekündigt. "Das Beteiligungsverfahren ist eine Farce. Für die Bürokraten stand von vornherein fest, dass der Wolf sich ungehindert ausbreiten soll", kritisierte Bauernbund-Vorstandsmitglied Lutz-Uwe Kahn, Nebenerwerbslandwirt aus Kleßen im Havelland.

Die Ausbreitung des Wolfs bedroht nach Auffassung des Bauernbundes die Weidetierhaltung. Kahn: "Ausgerechnet die umweltfreundlichste und tiergerechteste Haltungsform wird damit langfristig unwirtschaftlich, wenn nicht gar unmöglich gemacht."

Im Laufe des Verfahrens habe sich herausgestellt, dass das Umweltministerium weder in der Lage sei, den Tierhaltern flächendeckend wolfs sichere Zäune zu finanzieren, noch eine dauerhafte Entschädigung von Wolfsrissen innerhalb der bestehenden Zaunsysteme zusagen könne. Kahn: "Das selbe Problem hatten wir schonmal mit den Wildgänsen. Nach anfänglichen Erfolgen hat das Land seine Zahlungen eingestellt und die Landwirte bleiben auf den Kosten sitzen."

Völlig ungeklärt sei darüber hinaus die Haftungsfrage bei ausbrechenden Rinderherden, bedauert Kahn: "Kommt es durch Wölfe vermehrt zu Schadensfällen, werden die Beiträge zur Haftpflichtversicherung so steigen, dass es günstiger ist, die Rinder gleich im Stall zu mästen."

Das Wolfsmanagement des Ministeriums verdiene diesen Namen nicht, weil auch nach mittlerweile vier Sitzungen keine konkrete Zielgröße für eine verträgliche Wolfspopulation in Brandenburg genannt wurde, so Kahn weiter: "Genau das ist aber das Mindeste, wenn man einen Kompromiss zwischen Naturschutz und Tierhaltung finden will." Der Bauernbund lehnt die Planungen daher grundsätzlich ab und fordert statt dessen, den Wolf aktiv zu bejagen: "Wir haben in Brandenburg etwa 60.000 Hektar Naturreserve sowie tagesbau- oder munitionsgeschädigte Sperrgebiete, in die sich der Wolf schon jetzt zurückziehen kann. Wenn das nicht reicht, gibt es ja auch noch Potsdam und Berlin. Bei uns auf dem Land jedenfalls wollen wir ihn nicht."

## Bauernbund wirft Umweltministerium Kompromisslosigkeit bei Wolfsmanagement vor

Pressemitteilung vom 10. Januar 2013

Anlässlich der heutigen Vorstellung des Wolfsmanagementplanes hat sich der Bauernbund Brandenburg gegen Vorwürfe aus dem Umweltministerium verwahrt, er hätte die Mitarbeit an dem Dokument überraschend eingestellt. "Wir haben von Anfang an verlangt, eine verträgliche Zielgröße für die Wolfspopulation zu definieren", stellte Lutz-Uwe Kahn, Nebenerwerbs-Landwirt aus Kleßen im Havelland, klar, der den Bauernbund in dem Gremium vertreten hatte: "Als deutlich wurde, dass das Umweltministerium kompromisslos an einer unbegrenzten Ausbreitung festhält, sahen wir keinen Ansatz mehr für eine Zusammenarbeit."

Kahn korrigierte auch den in der öffentlichen Diskussion teilweise entstandenen Eindruck, der Bauernbund wolle den Wolf ausrotten: "Wir haben lediglich gesagt, dass der Wolf künftig gejagt werden muss, um die Schäden in Grenzen zu halten." Es gebe einen Interessengegensatz zwischen der Ausbreitung des Wolfes und der gesellschaftlich hoch geschätzten Weidetierhaltung, so Kahn weiter. Hierüber könne nicht abgestimmt werden, sondern es müsse im Dialog mit den Betroffenen ein Kompromiss gesucht werden. Dazu sei der Bauernbund nach wie vor bereit.

Im Übrigen offenbare das Umweltministerium ein seltsames Demokratieverständnis, wenn es das Dokument in einem von ihm willkürlich zusammengesetzten Gremium mehrheitlich beschließen, kritisierte Kahn: "Ein demokratisch legitimiertes Ergebnis würde man bekommen, wenn man die Bevölkerung in den Dörfern der vom Wolf betroffenen Regionen entscheiden lässt."

## Naturschutz von oben herab

Interview mit unserem Vorstandsmitglied Manfred Wercham aus Wilhelmsaue im Oderbruch in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 14. Dezember 2012



*Vogelschutz wie wir ihn verstehen: hinterm Mähwerk geht der Storch*

Herr Wercham, erst will der Bauernbund Wölfe jagen lassen, dann kritisieren Sie die Ausweisung von Vogelschutzgebieten und außerdem wollen Sie verhindern, dass Feuchtwiesen geschützt werden. Was haben Sie gegen Naturschutz?

Gar nichts, wir stellen nur fest, dass es Konfliktfelder mit der Landwirtschaft gibt. Beispielsweise bedroht eine ungehinderte Ausbreitung des Wolfs die in Brandenburg verbreitete sehr artgerechte Weidetierhaltung. Leider sieht das Umweltministerium nur den Wolf und ignoriert unsere Interessen. Bei den Vogelschutzgebieten kritisieren wir vor allem die Ausweisung per Gesetz. Bei einer Rechtsverordnung hätte man die betroffenen Landwirte beteiligen müssen, doch das ist offensichtlich nicht gewollt.

Warum schließen sich Vogelschutzgebiete und Landwirtschaft aus?

Vogelschutzgebiete haben wir auf fast einem Viertel der Landesfläche und natürlich findet dort auch weiterhin Landwirtschaft statt. Nur eben – abhängig von den jeweiligen Entwicklungszielen – mit Einschränkungen, etwa bei der Entwässerung, Bodenbearbeitung oder Düngung. Da würden wir gerne mitreden. Immerhin sind wir für den gegenwärtig guten ökologischen Zustand der Flächen verantwortlich. Wir wehren uns gegen einen Naturschutz von oben herab, der uns Landwirte ohne Entschädigung mit enteignungsgleichen Auflagen überzieht.

Die Änderung des brandenburgischen Naturschutzrechts sieht außerdem vor, dass künftig Feuchtwiesen unter Naturschutz gestellt und aus der Produktion genommen werden können. Was stört Sie daran?

Dass wir auf Grünland Rinder, Schafe und Pferde halten, also produzieren wollen. Alles Grünland ist zu nass zum ackern, sonst wäre es ja Acker. Ist es deshalb aber eine Feuchtwiese? Das Landesumweltamt trägt mit seiner mangelnden Gewässerunterhaltung dazu bei, dass Grünlandflächen immer nasser werden, und jetzt gibt das Gesetz ihm auch noch die Möglichkeit, die selbst geschaffenen Feuchtwiesen unter Schutz zu stellen.

Neben einem Ausgleich für Wolfsrisse fordert der Bauernbund auch Schadensersatz für Biber-schäden. Wie sehen diese aus und wie lassen sie sich beziffern?

Bei uns im Oderbruch sind die ungehinderte Ausbreitung des Bibers und die vernachlässigte Unterhaltung des Hauptabflusses Alte Oder verantwortlich für das Binnenhochwasser, das vor zwei Jahren riesige Flächen unter Wasser gesetzt hat. Die Schäden betragen mehrere hunderttausend Euro. Ganz zu schweigen von der Landschaftszerstörung: ein Kollege hat nach der Wende knapp 500 Bäume gepflanzt. Fragen Sie lieber nicht, wie viele davon der Biber übrig gelassen hat.

Muss man deshalb dem Tier das Lebensrecht abstreiten?

Nein, aber man sollte nach Kompromissen suchen. Ich halte die Umweltpolitik der Landesregierung für absolut unglaubwürdig: Konzerne wie Vattenfall dürfen ganze Regionen verwüsten und uns Landwirte überzieht man mit kleinkarierten Auflagen. Brandenburg ist ein Biotop für Bagger und Biber, aber die Menschen, die auf dem Lande leben und wirtschaften, spielen keine Rolle mehr.



*Wir haben ernsthaft versucht, mit dem Landesbauernverband eine gemeinsame Stellungnahme zur Naturschutzrechtsnovelle zu formulieren. Dieses scheiterte daran, dass der Landesbauernverband partout keine Kritik an der gesetzlichen Unterschützstellung der Vogelschutzgebiete üben wollte. Das Gesetz wurde im Dezember mit rot-roter Mehrheit beschlossen, unter anderem mit der Stimme des Bauernverbandspräsidenten Udo Folgart. Ebenso wie der Wolfsmanagementplan des Umweltministeriums die Unterschrift des Bauernverbandes trägt. Angesichts der durch uns hergestellten kritischen Öffentlichkeit (z. B. Nachmittags-Tagesschau und ZDF-Frühstücksfernsehen sowie fast alle großen berlin-brandenburger Medien) möchte der Bauernverband heute nicht mehr gern an seine Verantwortung erinnert werden und spricht davon, "mit Bauchschmerzen" zugestimmt zu haben. Wir sind da ganz schmerzfrei und vertreten die Interessen unserer Mitglieder!*



## **Hinweis: Alte Beregnungen neu beantragen**

Wer über Wasserbenutzungsrechte aus DDR-Zeiten verfügt, muss diese bis zum 1. März 2020 neu beantragen. Diese Regelung aus dem Wasserhaushaltsgesetz / Brandenburgischen Wassergesetz bezieht sich nicht auf Eigenverbrauch, Hofverbrauch und Viehtränken inner- und außerhalb des Hofes, sondern fast ausschließlich auf Entnahmen aus dem Grundwasser oder Oberflächengewässern zu Zwecken der Beregnung. Wer ohne eine nach 1990 ausgestellte Wasserentnahmegenehmigung beregnet, sollte sich rechtzeitig mit seiner Unteren Wasserbehörde in Verbindung setzen. Im Regelfall gilt der bisherige Betrieb als Nachweis dafür, dass von der Wasserentnahme keine negativen Umweltauswirkungen ausgehen. Aber wie gesagt: Die frühzeitige Beantragung schützt vor Überraschungen bei Fristablauf.

Theoretisch hätten die alten Wasserbenutzungsrechte bis zum 1. März 2013 bei den Unteren Wasserbehörden angemeldet werden können. Aber auch dann wären sie auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft worden und hätten ggf. neu beantragt werden müssen. Eine Information darüber hätten wir gern im letzten Rundbrief gebracht, aber weder das Landwirtschaftsministerium noch das Umweltministerium hatten über die Frist informiert. Wir erfuhren eher zufällig davon durch einen Hinweis eines Landkreises. Ob diese Nicht-Information zu Problemen führt, wird die Zukunft zeigen. Insofern die Bitte an die Betroffenen, die Neubeantragung nicht auf die lange Bank zu schieben und uns darüber auf dem laufenden zu halten.

## **Hinweis: Flächenwachstum über Alteigentümer**

Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE), die sich seit Jahren für die Interessen der Alteigentümer einsetzt, hat im Zusammenhang mit dem zunehmenden Erwerb von BVVG-Flächen durch Alteigentümer ein Modell erarbeitet, nach dem bäuerliche Betriebe diese Flächen (die teilweise noch verpachtet sind) künftig bevorzugt pachten können. Dieses beinhaltet flexible Möglichkeiten der Zusammenarbeit, u. a. die Option auf langfristige Pachtverträge für den Landwirt. Wer Interesse hat, schicke einen Brief oder eine Mail an die ARE: Hofstraße 5, Plänitz, 16845 Neustadt/Dosse oder are-pl@gmx.de. Die ARE kann dann herausfinden, ob in den angegebenen Gemarkungen überhaupt noch BVVG-Flächen verfügbar sind. Als erwerbsberechtigte Alteigentümer in Frage kommen alle Nachfahren (bis ins vierte Glied) eines bei der Bodenreform 1945 enteigneten Landwirts. Da sie heute meist woanders leben, wäre es hilfreich, wenn man Hinweise auf Namen und Adressen geben kann. Und so könnte das Schreiben an die ARE aussehen:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich interessiere mich für Ihr Modell der Zusammenarbeit mit einem Alteigentümer und würde gern Flächen in folgenden Gemarkungen pachten: Lennewitz (Gemeinde Legde-Quitzebel), Quitzebel (Gemeinde Legde-Quitzebel) / Angaben zu meinem Betrieb: 30 ha Grünland, Mutterkuhhaltung (Nebenerwerb) / Namen und Adressen von Alteigentümern aus der Region: mir leider nicht bekannt / Mit freundlichen Grüßen

Landwirt Reinhard Jung  
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz  
Telefon 038791-80200  
E-Mail textjung@gmx.de

## **Letzter Hinweis: Bienenschutz in der Rapsblüte**

Als Landwirte wissen wir die Bestäubungsleistungen der Biene zu schätzen. Die Bekämpfung von Rapschädlingen während der Blüte sollte deshalb grundsätzlich mit bienenunschädlichen Wirkstoffen (B4) erfolgen und nach Möglichkeit außerhalb des Bienenflugs durchgeführt werden, vorzugsweise abends oder nachts.